

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 131. Ratssitzung vom 3. Februar 2021

3540. 2020/184

Postulat von Alexander Brunner (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020: Senkung der Mietgebühren von städtischen Räumen für Startups bis Ende Jahr

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alexander Brunner (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2461/2020): *Die Stadt Zürich hat eine sehr fortgeschrittene Startup-Community. Es freut mich sehr, dass dies auch die SP entdeckt hat, die ebenso Startups fördern möchte. Ich denke zum Beispiel an das Colab am Limmatplatz oder an die Coworking-Spaces für Startups im Viadukt oder im Kraftwerk. Auch diese mussten unter der Corona-Pandemie leiden. Sie mussten schliessen oder konnten ihre Aktivitäten nur noch in eingeschränkter Form mit strikten Auflagen durchführen. Grundsätzlich ist aber vor allem ein bestimmtes Geschäftsfeld eingebrochen, von denen sich viele wie der Impact Hub finanzieren: der gastronomische Teil. Ich verweilte oft dort und war selbst einmal Mitglied des Impact Hub. Der Impact Hub gehört dem Kanton, aber die Stadt vermietet das Gebäude. Um die Community zu unterstützen, die nun auch unter der Pandemie gelitten hat, fordern wir als FDP, dass Mietsenkungen oder Mietaussetzungen für die Zeit der Schliessung erlassen werden. Ich hoffe, dass wir damit einen kleinen Beitrag für die Innovationskraft und den Arbeits- und Werkplatz Schweiz leisten können. Es gibt auch eine gute Nachricht: Der Impact Hub wird 2024 in das Limmathaus einziehen können und damit eine grössere Liegenschaft zur Verfügung haben. Zwischenzeitlich würde sich die Community aber freuen, wenn mit einer Mietsenkung ein Unterstützungsbeitrag geleistet werden könnte.*

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 10. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag: *Die Grünen lehnen das Postulat aus verschiedenen Gründen ab. Einerseits formell: Es wurde kein Postulat geschrieben, sondern der Stadtrat wurde direkt beauftragt, die Mietgebühren auszusetzen. Das kommt einer Motion gleich. Wenn man eine Motion einreichen will, kann man diese so einreichen. Mit einem Postulat bittet man den Stadtrat in der Regel jedoch lediglich, ein Anliegen zu prüfen. Das ist der eine Punkt. Für uns sprechen aber auch inhaltliche Gründe gegen das Postulat. Erstens ist nicht klar, was die FDP eigentlich will. Oben im Postulatstext steht, die Mietgebühren der von der Stadt vermieteten Räume seien für Startups bis Ende Jahr zu senken oder auszusetzen. Weiter unten steht dann, dass privaten Betreibern Einnahmen aus Bewirtung und Vermietung und weiterem entgehen. Das hat a priori nichts mit Startups zu tun. Es ist nicht kongruent. Es wird nicht klar, was die Postulanten wirklich wollen. Auch die Begründung, die wir soeben gehört haben, brachte nicht mehr Licht in die Angelegenheit. Zweitens möchten sie generell die Mieten für Startups senken, die in städtischen*

Liegenschaften eingemietet sind. Das kann man fordern. Doch die Stadt hat bereits viel getan für die Mieterinnen und Mieter in städtischen Räumen. Sowohl vom Finanzdepartement als auch vom Sozialdepartement gab es verschiedene Angebote. Letztlich muss man sich auch fragen, inwieweit Startups von der Pandemie betroffen sind. Einige sind schwer betroffen, andere wiederum haben sogar profitiert und konnten dadurch aufblühen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dort Unterstützung zu leisten, wo Not herrscht, und das differenziert zu betrachten. Generell für eine ganze Branche oder in diesem Fall für einen ganzen Unternehmenstyp Unterstützung und Mieterlass zu fordern, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Wir lehnen das Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Stadtrat hat sich seit dem Beginn der Corona-Krise bemüht und war bestrebt, schnell, entschlossen, gezielt und mit bedarfsgerechten Massnahmen auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-Pandemie zu reagieren. Er hat deshalb ergänzend zu den Instrumenten von Bund und Kantonen unter anderem Mietzinsreduktionen für Gewerbetreibende von städtischen Liegenschaften veranlasst. Das war sowohl während dem ersten Lockdown von März bis Mai 2020 als auch jetzt in der zweiten Welle der Fall. Davon profitieren können selbstverständlich auch Startup-Schmieden wie das Kraftwerk im ewz-Unterwerk, die Räumlichkeiten am Sihlquai 125/131 und die Zentralwäscherei an der Josefstrasse. Mit diesen Massnahmen konnte der finanzielle Druck gesenkt werden: Sowohl bei den Betreibenden von Coworking-Arbeitsplätzen wie beispielsweise Bluelion oder Impact Hub als auch bei den eingemieteten Startups. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass die Folgen der Corona-Pandemie noch lange spürbar sein werden. Entsprechend ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, um Mietzinsreduktionen für Startups und Betreiberinnen und Betreiber von Coworking-Spaces in städtischen Liegenschaften zu prüfen, gerne auch über das Jahr 2020 hinaus, das im Postulat genannt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die GLP schlägt eine Textänderung vor. Wir möchten nach dem ersten Satz des Postulats einen zusätzlichen Satz einfügen: «Bei Unter- und Weitervermietungen ist sicherzustellen, dass die Mietsenkungen weitergegeben werden.» Die Räumlichkeiten werden nämlich teilweise weiter- oder untervermietet. In diesen Fällen sollte man die Möglichkeit des Mietgebührenerlasses auch weitergeben. Bei einer Annahme der Textänderung würden wir das Postulat unterstützen. Die Stossrichtung ist aus unserer Sicht gut. Es ist eine sympathische und richtige Idee.

Marcel Tobler (SP): Die SP unterstützt das Postulat. Wir haben bereits andere Vorstösse zur Unterstützung der Startup-Community gemacht. Das Postulat steht ebenfalls in diesem Zusammenhang. Wir hätten auch damit leben können, wenn das Postulat zurückgezogen worden wäre in Anbetracht dessen, dass der Stadtrat die Unterstützung bereits gesprochen hat, wie die Stadtpräsidentin in ihrem Votum soeben ausgeführt hat.

3 / 3

Ich nehme an, die Textänderung der GLP stösst bei der FDP auf Sympathie. Wenn das Postulat bestehen bleibt, wird die SP es so unterstützen.

Alexander Brunner (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Mietgebühren für von der Stadt vermietete Räume für Startups bis Ende Jahr zu senken oder wo möglich ganz auszusetzen. Bei Unter-/Weitervermietungen ist sicherzustellen, dass die Mietsenkungen weitergegeben werden.

Das geänderte Postulat wird mit 86 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat